

Forderungen zusammengefasst

- Beschäftigung
 - Flexible Auszeiten
 - Unternehmertum: Stärkere Unterstützung (Mikrokredite, Beratung)
 - Diskriminierung beseitigen
 - Sichere Arbeitsplätze
 - Unbefristete Übernahme
 - unbefristete Verträge
 - Guter Lohn
 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Betreuung, flexible Modelle, gleiche Chancen)
 - Praktika und Ausbildung: Lernzweck, Bezahlung
- Bildung
 - Kostenfrei
 - Inklusion
 - Länger gemeinsames lernen
 - Mehr und qualifizierteres Personal (Einführungstests)
 - Non-formale Bildung
 - Individuellere Förderung / Betreuung
 - Frühere Spezialisierung
 - Sprachbegleiter
 - Praxisbezug
 - Verbände
 - Lebensnahe Schulfächer (Gärten, Werkstatt)
 - Entschleunigung
 - Bildungstoff entschlacken
 - Politische Bildung
 - Aufwertung bzw. Einführung des Schulfachs Sozialkunde/ Politik/ kritisches Denken.
 - Politische Bildungsarbeit soll in den Medien gestärkt werden

- Engagement
 - Engagement-Möglichkeiten
 - "Die Einführung eines bundesweit einheitlichen Ehrenamtspasses, der als Fahrschein im kommunalen und regionalen ÖPNV gilt."
 - Politisches und gesellschaftliches Engagement bei Jugendlichen soll finanziell stärker gefördert und anerkannt werden.
 - Mehr finanzielle Unterstützung für Jugendverbände und die Jugendarbeit, beispielsweise für Austauschprogramme oder Sommerfreizeiten.
 - Ehrenamt-freundliche Schulen, Hochschulen und Arbeitsplätze.

- Inklusion
 - Homosexuelle
 - Die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen soll in allen Ländern festgeschrieben werden.
 - Hautfarbe."
 - In Schulen muss mehr LGBT Aufklärung stattfinden. Dazu sollen Schulbücher homo-freundlicher gestaltet werden und das Schwulsein nicht auf HIV/Aids beschränkt werden. Ziel ist ein ganzheitlicher LGBT Ansatz im Bildungssystem und eine Überwindung von Vorurteilen und klassischen Rollenbildern.
 - Die Todesstrafe aufgrund von Homosexualität muss weltweit abgeschafft werden.
 - Es muss flächendeckend Beratungs- und Treffmöglichkeiten für Homosexuelle geben. Auch Jugendämter müssen verpflichtet werden entsprechende Aktivitäten anzubieten. Für muslimische Jugendliche, die häufig besondere Probleme beim Coming Out haben, sollen Berater*innen möglichst selber einen solchen Hintergrund aufweisen.
 - Kriminelle
 - Mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Inhaftierte schaffen (z.B. zum Aggressionsabbau oder kreative Angebote)
 - Möglichkeiten bieten während der Haft in die Rentenversicherung einzuzahlen
 - "Die Verhältnismäßigkeit von Haftstrafen überdenken (Beispiel: Diebstahl versus Körperverletzung à Haftstrafen stehen oft in „unverhältnismäßiger“ Relation)"
 - Mehr Räume für Privatsphäre schaffen (z.B. beim Duschen oder beim Telefonieren)
 - Bessere Entlassungsvorbereitung anbieten (z.B. bei der Wohnungs- oder Jobsuche)
 - Mehr Bildungsmaßnahmen wie z.B. das Erlangen eines Realschulabschlusses
 - "Angemessene und ausreichende Gesundheitsversorgung sicherstellen (zum Beispiel eine Gynäkologin und keinen Gynäkologen für junge inhaftierte Frauen)"
 - "Generell: mehr finanzielle und personelle Ressourcen im Vollzug um ausreichend Angebote und Betreuung gewährleisten zu können"
 - Obdachlose
 - gut ausgestattete Anlaufstellen
 - "Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollen Eingliederungs-Maßnahmen für betroffene junge Menschen gefördert werden, die auf Freiwilligkeit und Anonymität beruhen."
 - "Bildungssysteme müssen so reformiert werden, dass sie Durchlässigkeit und echte Chancengleichheit bieten – unabhängig von Herkunft, Geschlecht und
 - Gewalt an jungen Frauen
 - Es sollte keine Beschränkungen bzgl. der Aufenthaltsdauer von Betroffenen in Frauenhäusern geben. Die Aufenthaltsbeschränkung von drei Monaten ist häufig nicht ausreichend, um die Vergangenheit aufzuarbeiten und einen neuen Start ins Leben zu schaffen.

- Es sollte ein Schulfach „Leben in der Familie / Partnerschaft, Freundschaft, Lebenskunde“ eingeführt werden, in dem auch für stereotypische Männer- und Frauenbilder sensibilisiert wird. Denn stereotypische Bilder über Männlichkeit und Weiblichkeit können unausgeglichene Machtstrukturen und Gewalt begünstigen.
 - Die Einführung von Notfallarmbändern (nach dem Vorbild aus Skandinavien) könnte Schutz gegen häusliche Gewalt schaffen.
 - Mehr Therapieplätze für Frauen, die Gewalt erleiden, sollten geschaffen werden, sowie für ihre Kinder (auch alternative Therapieformen müssen gestärkt werden).
 - Die Sicherheit von betroffenen Frauen (im Frauenhaus) sollte erhöht werden und Schutzmechanismen in neuen Wohnungen ermöglicht werden.
- Prostituierte
 - Es sollten ein Angebot an Ausbildungsplätzen geschaffen werden für diejenigen, die unfreiwillig in der Prostitution gelandet sind. Eine handwerkliche Ausbildung beispielsweise, durch die die jungen Männer die Möglichkeit haben einer andere Erwerbstätigkeit nachzugehen.
 - Mehr gesellschaftliche Anerkennung und Respekt für Prostituierte schaffen. Prostitution kann eine freiwillige, selbstbewusste und selbstbestimmte Entscheidung sein und muss gesellschaftlich als solche anerkannt werden.
 - Prostitution muss weiterhin legal bleiben. Rechtssicherheit und die Einbindung der Branche in existierende gesellschaftliche Regulierungssysteme bietet Schutz vor Ausbeutung, schlechten Arbeitsbedingungen und physischer und psychischer Gewalt.
 - Die Vielfalt von Geschlechtsidentitäten sollte gelebt werden. Menschen, egal welcher sexueller Orientierung verdienen eine gleichberechtigte Behandlung und Schutz vor Diskriminierung.

○ Migration

- Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der sowohl die Bereitschaft der Gesellschaft im Zielland als auch die Bereitschaft der Migrant*innen bedarf.
- Die Einreisebestimmungen sollten erleichtert werden, z.B. bei der Vergabe von Asylrechten, und ausländische Bildungsabschlüsse und Berufserfahrungen sollten anerkannt werden.
- Besonders engagierte Einwander*innen sollten im Zielland besondere Unterstützung erfahren.
- Menschlicheren, offeneren und toleranteren Umgang mit Migrierenden
- Harmonisierte Indikatoren für den Umgang mit Asylbewerbenden
- Solidarischerer und kooperativere Zusammenarbeit mit weltweiten Migrationsproblematiken
- Vereinheitlichung und Anerkennung von internationalen Bildungsabschlüssen
- Schaffung eines europäischen Grundrechts auf Asyl. Damit muss eine deutliche Verbesserung der Asylverfahren und Zustände von Antragstellern in ganz Europa erreicht werden.
- Diskriminierung gegen Menschen mit Migrationshintergrund muss im Alltag (z.B. beim Diskobesuch) sowie auf dem Arbeitsmarkt (z.B. bei der Jobsuche) aufhören.
- Stadtteile sollen von ihren Einwohner*innen besser durchmischt werden, um eine bessere Integration zu gewährleisten und Vorurteile abbauen zu können.
- Flüchtlingen soll es möglich sein, arbeiten zu gehen. Damit kann eine Kriminalität verringert werden.

○ Nachhaltigkeit

- Langfristig auf erneuerbare Energien umsteigen
- Bonussystem für Recycling und regionale Produkte
- Investition in neue Technologien zur Energie-Gewinnung
- Sanktionen für Länder mit zu hoher Umweltbelastung
- Wissen über erneuerbare Energien in andere Länder übertragen.
- Weniger Lebensmittelverschwendung bei öffentlichen Institutionen (Bedarf mit Wiegen ermitteln).
- Benutzung von Antibiotika bei Tieren nur bei Krankheit
- Einführung international einheitlicher Nachhaltigkeitslabels
- Transparente Produktionsprozesse und eine verbraucher*innenfreundliche Kennzeichnung
- Globales Lernen in den Lehrplänen: Selbstreflexion fördern
- Stärkere Berücksichtigung und Fokussierung auf alternative Wohlfahrtsindikatoren
- Politik sollte mehr Geld für Arme und bedürftige Menschen ausgeben, und weniger Geld für Krieg und Aufrüstung.
- Die Transparenz in der Verbraucher*innen-Politik muss weltweit verbessert werden. Im Vordergrund sollte dabei die Aufklärung der Konsument*innen durch verbindliche Kennzeichnungspflichten stehen.

○ Partizipation

- Wir fordern mehr Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen: von der Schule bis zur UN.
- "Jugendvertreter*innen werden gesetzlich verpflichtend in allen politischen Gremien, vom Gemeinde- und Stadtrat bis zum Bundestag, in die Beratungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden. Die Positionen junger Menschen werden regelmäßig und national durch dynamisch-partizipative Methoden ermittelt und fließen durch die Jugendvertreter*innen in den politischen Diskurs ein."
- Die Einrichtung einer Anlaufstelle für jugendrelevante Informationen in Stadt/Gemeinde.
- Die Einführung eines Jugend-Checks für neue Gesetze, nach österreichischem Vorbild.
- Die Einführung eines Wahlrechts für Migrant*innen
- "Jugendbeteiligung in der Politik: Politik über Jugendliche geht nur mit Jugendlichen. Jugendparlamenten soll eine stärkere Rolle zukommen, Jugendabgeordnete sollen mitbestimmen und mindestens mit einem Vetorecht bei jugendspezifischen Fragen ausgestattet werden."
- " Jugendbeteiligung in der Schule: Es soll an Schulen wöchentlich eine ‚aktuelle Stunde‘ stattfinden, in der im Klassenverband über aktuelle politische Fragen diskutiert wird. Die aktuelle Stunde wird nicht benotet."
- "Jugendbeteiligung durch jugendgerechtere Informationen: Politik soll verständlicher werden. Es soll Jugendlinien geben mit jugendgerechten Erklärungen von jungen Menschen im Fernsehen und auf einem youtube Kanal. PolitikerInnen sollen sich verständlicher ausdrücken."
- Alters-Gender: Jugendquote, Jugendliche müssen dabei sein.
- "Politiker*innen sollen zu politischen Entscheidungen die Meinung Jugendlicher einholen. Teilnahme und Stimmrecht in allen Ebenen/ Gremien. Jugendliche MIT Stimmrecht."
- Politik besser und verständlicher erklären, um die Motivation der Jugend zu erhöhen und zum Wählen zu motivieren.
- Das Wahlalter soll auf 16 Jahre abgesenkt werden, ab 14 Jahren soll man nach vorheriger Registrierung wählen können.
- Bürger*innen sollen stärker miteinbezogen werden, wenn es um kommunale Ausgaben angeht. Des Weiteren sollen Bauprojekte nach ihrer Auswirkung und Sinnhaftigkeit für junge Menschen hinterfragt werden (muss noch eine Spielothek oder ein weiteres Einkaufszentrum entstehen?)
- Politik muss verständlicher und besser kommuniziert werden, damit sich junge Menschen damit wirklich identifizieren können.
- "Die bundesweite Einführung des Pflichtfachs ‚Politik und gesellschaftliche Teilhabe‘ für alle Schulformen ab der siebten Klasse, gekoppelt an ein Wahlrecht ab 16 Jahren."